

FDP und CDU streben nach Politikwechsel

Große Schnittmenge bei wichtigen Themen

Die beiden Fraktionen von CDU (11 Sitze) und FDP (2) wollen in der am nächsten Donnerstag beginnenden Wahlperiode im Rat eine Gruppe bilden. Dies gaben beide Parteien am Freitag bekannt. Ziel sei es, einen Politikwechsel herbeizuführen, besonders in der Schul-, Finanz- und Wirtschaftspolitik.

VON JOACHIM DEGE

BURGDORF. Die Entscheidung fiel am Mittwoch in einer Telefonkonferenz der Freien Demokraten, an der nicht nur der Vorstand, sondern auch alle FDP-Kandidaten teilnahmen. „Wir wollen einen Politikwechsel für Burgdorf erreichen. Ein Weiter so darf es nicht geben“, sagte FDP-Sprecher Mario Gawlik mit Blick auf die in drei Jahren anstehende Bürgermeisterwahl.

Noch am Montagabend hatte die FDP mehrere Stunden lang mit der SPD (11), den Grünen (4) und der WGS (2) Chancen für ein Viererbündnis ausgelotet, das mit 19 Stimmen auch eine Gestaltungsmehrheit im Rat gehabt hätte. Insbesondere mit den Grünen, so begründete FDP-Unterhändler und Neu-Ratsherr Thomas Dreeskornfeld, habe in wichtigen Punkten keine Einigkeit erzielt werden können. Dreeskornfeld nannte hier die von seiner Partei geforderte Erschließung neuer Gewerbege-

biete sowie die Themen Innenstadtgestaltung und Haushaltskonsolidierung.

„Teil des Arrangements“ mit der CDU ist es laut Gawlik, dass FDP-Kandidat Dirk Schwerdtfeger Ortsvorsteher in Sorgensen bleibt, obgleich sich für die CDU deren früherer Ratsherr Walter Degenhardt für das Amt in Stellung gebracht hatte. Schwerdtfeger hatte bei der Wahl mit 195 Stimmen die meisten Stimmen aller Kandidaten im Ort erhalten. Die CDU aber hat das Vorschlagsrecht, weil sie als Partei wenige Stimmen mehr holte als die FDP. „Wir werden Schwerdtfeger vorschlagen“, bestätigte CDU-Fraktionsvorsitzender Mirko Zschoch. Das sei der Joker in den Gesprächen mit der FDP gewesen.

Die CDU hatte auch mit der SPD verhandelt. Man sei aber zum Ergebnis gekommen, dass „so ein großer Tanker die entscheidenden Lösungsansätze für die Herausforderungen der Stadt“ nicht zu finden in der Lage sei. In den Bereichen Schulen, Finanzen und Wirtschaft seien die Schnittmengen mit den Liberalen groß.

Am Dienstag wollen Vertreter beider Parteien öffentlich darlegen, wie sie sich die Zusammenarbeit konkret vorstellen. SPD, Grüne und WGS kommen heute Vormittag zusammen und wollen sich anschließend erklären.